

Kapitel 1 Einleitung

Das Aus- und Einüben von Demokratie ist seit der Jahrtausendwende in den Vordergrund gesellschaftspolitischer Aufmerksamkeit und erziehungswissenschaftlicher Diskussionen gerückt. In Deutschland ist die Notwendigkeit von Demokratiebildung besonders durch das im Zeitraum von 2002–2007 durchgeführte Modellprogramm "Demokratie lernen und leben" in der Schule mit der "aktuellen Zunahme von Gewalt, Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und einer seit Jahren zunehmenden Politik(er)verdrossenheit und Politikdistanz bei Jugendlichen" (Edelstein/Fauser 2001, S. 17) begründet worden.

Die Bedeutung demokratischer Bildung ist ferner aus Sicht der Pädagogik der Frühen Kindheit hervorgehoben worden, und zwar beginnend mit dem zweijährigen schleswig-holsteinischen Landesmodellprojekt "Die Kinderstube der Demokratie - Bedingungen und Auswirkungen der Beteiligung von Kindern in Kindertageseinrichtungen" (2001-2003, Hansen/Knauer/ Friedrich 2004). Auch dieses Projekt, das auf dem gleichnamigen Konzept des in Kiel ansässigen Instituts für Partizipation und Bildung beruht, basiert u.a. auf der Annahme, dass Demokratiebildung nicht zuletzt angesichts abnehmender Wahlbeteiligung und zunehmendem Extremismus als eine zentrale Zukunftsaufgabe aller pädagogischen Institutionen und insbesondere auch von Kindertageseinrichtungen zu begreifen ist. Es verweist aber darüber hinaus auf eine weniger präventive denn konstruktive gesellschaftspolitische Bedeutung der demokratischen Bildung: Danach besteht angesichts der Entfaltung einer pluralistischen und multiethnischen Gesellschaft ein wachsender Bedarf an Kompetenzen demokratischer Aushandlung und Lösungsfindung in Alltagskonflikten. Die Frühpädagogik erweise sich dabei als paradigmatisch, weil im pädagogischen Umgang mit (Klein-)Kindern die Frage nach der Machtverteilung und der Ermöglichung von Entscheidungsbefugnissen in besonderer Weise virulent sei (Hansen/Knauer/Sturzenhecker 2011, S. 20).

Politisch motivierte Begründungen reichen aus unserer Sicht jedoch nicht aus, um die gesellschaftliche Relevanz des demokratischen Ideals, d.h. der zivilen kommunikativen Vermittlung von Konflikten bzw. widerstreitenden Bedürfnissen und Interessen, angemessen Rechnung zu tragen. Im Rahmen

des Forschungsprojektes "Demokratiebildung in Kindertageseinrichtungen" (DeiKi) sind wir hingegen von der Überzeugung geleitet, dass die Befürwortung der Demokratie keine Wertentscheidung ist, der andere politische Wertentscheidungen beliebig entgegengestellt werden können. Gemeinsam mit den Autor/innen "Die Kinderstube der Demokratie" gehen wir davon aus, dass der Mensch qua Geburt prinzipiell Demokrat ist und eben dieses Sein schon immer als Sollen realisiert - und sich so zugleich als Demokrat bildet und gebildet wird. Dabei beziehen wir uns auf die - von Jürgen Habermas in seiner Handlungstheorie der "Universalpragmatik" (Habermas 1976) rekonstruierten und im Rahmen der "Theorie des kommunikativen Handelns" (1981/1995) in den Entwurf einer kritischen Gesellschaftstheorie (System-Lebenswelttheorem) eingebetteten – unhistorisch-universalen, "anthropologisch tiefsitzenden Strukturen" jeder Verständigung, zu denen insbesondere die unhintergehbaren Geltungsansprüche jeder menschlichen Rede auf Verständlichkeit, Wahrheit, Wahrhaftigkeit und Richtigkeit gehören. Danach realisiert sich die auf intersubjektiver Anerkennung basierende lebensweltliche Integration des Einzelnen im kommunikativen Handeln:1 Sie kann und muss von Geburt an in einem dialektischen Prozess immer wieder neu diskursiv eingelöst, d.h. im Rahmen von Verständigungsprozessen vom Anspruch her überprüft und konsensuell hergestellt werden (1976, S. 176 f.; 1981/1995, Bd. 1, S. 369 ff.).²

In einer demokratisch verfassten und sich demokratisch verstehenden Gesellschaft über Demokratiebildung nachzudenken bedarf insofern aus unserer Sicht grundsätzlich keiner Rechtfertigung – außer vielleicht durch den Verweis auf Oskar Negts Erkenntnis, dass Demokratie die einzige politisch verfasste Gesellschaftsordnung ist, die gelernt werden muss (Negt 2011, S. 7). Damit die Demokratie nicht nur ein normatives Denkmodell bleibt, das durch universelle und daher nur sehr unbestimmt definierte Bürger- und Menschenrechte konstituiert wird, muss sie in "Prozesse der individuellen Bildung und Erziehung der Menschen übersetzt werden" (ebd., S. 8).

Jürgen Habermas unterscheidet in seinem Theorem zwei Vergesellschaftungsprinzipien: Danach erfolgt die systemische Integration der/des Einzelnen (Staat und Markt) durch erfolgsorientiertes Handeln, basierend auf den Medien Macht, Geld und Recht, ihre/seine lebensweltliche Einbindung (Verein und Familie) jedoch auf der Basis von Verständigung durch kommunikatives Handeln (1981/1995).

² Im Sinne der Theorie der Universalpragmatik zeichnet sich der Mensch durch ein universelles Können in Bezug auf die für kommunikatives Handeln notwendigen Kompetenzen: allgemeine Kognition, Sprache und Interaktion, aus. Habermas spricht in diesem Zusammenhang daher auch von "Gattungskompetenzen" (Habermas 1976, S. 190).

Ein solch individueller Demokratiebildungsprozess hätte allerdings dem Recht auf demokratische Partizipation immer schon, d.h. von Geburt an, Rechnung zu tragen, zum einen um der quasi anthropologisch-universellen Dimension des Anspruchs auf Verständigung Rechnung zu tragen. Zum anderen aber auch, weil unter den Bedingungen eines demokratischen und sozialen Rechtsstaats einzig die Betroffenheit von möglichen und tatsächlichen Entscheidungen als Voraussetzung für demokratische Partizipation gilt. Sie darf deshalb strukturell nicht hintangestellt werden, auch nicht im Verbund mit einem Versprechen auf eine bessere Zukunft. So gesehen, rückt insbesondere die Didaktik einer Demokratiebildung ins Zentrum der Aufmerksamkeit, die das Prinzip der Einheit von Bildungsziel und Bildungsmethode berücksichtigt und insofern das Demokrat/in-Sein und das Demokrat/in-Werden im Hier und Jetzt jedem Menschen, auch den Jüngsten, ermöglicht.

Einem entsprechenden didaktischen Prinzip der Einheit von Demokratie lernen und leben ist das vom Institut für Partizipation und Bildung (Kiel) seit dem Jahr 2001 entwickelte frühkindliche Handlungskonzept "Die Kinderstube der Demokratie" (Hansen/Knauer/Sturzenhecker 2011) verpflichtet, das von den Begründer/innen Prof. Dr. Raingard Knauer und Rüdiger Hansen in Kapitel 2 ausführlich dargestellt wird. Das Konzept ist theoretisch fundiert begründet und beweist seine Evidenz, indem bereits mehr als 100 Einrichtungen es bundesweit praktizieren. Pädagogisch normative Konzepte können jedoch erst dann als anerkannt gelten, wenn sie nicht nur wissenschaftlich plausibel begründet und methodisch differenziert erstellt sind, sondern auch empirisch nachgewiesene Eindeutigkeit für sich beanspruchen können. Im Sinne einer "Realitätsprüfung" ist es Auftrag der Forschung zu belegen, wie die konzeptionellen Ansprüche des Handlungsansatzes "Die Kinderstube der Demokratie" in der Praxis wirksam werden und wie die Demokratiepraxis mit Kindern in Kindertageseinrichtungen auf dieser Basis realisiert wird.

Unter diesem Blickwinkel war das Konzept bereits im Jahr 2009 Gegenstand einer von der Universität Hamburg, Fachbereich Erziehungswissenschaft, Arbeitsbereich Sozialpädagogik, durchgeführten Evaluation (Leitung: Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker). Untersucht wurde die Implementation des Konzepts in zwei Kindertageseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen (E. Richter et al. 2011; Sturzenhecker et al. 2010; vgl. Kap. 3.3).

Zur Vertiefung der in dieser Vorstudie erarbeiteten Erkenntnisse ist in den Jahren 2013–2016 das Forschungsprojekt "Demokratiebildung in Kindertageseinrichtungen" realisiert worden, gefördert von "Aktion Mensch" sowie aus Mitteln der Gemeinschaftsaktion "Schleswig-Holstein – Land für Kinder" des Deutschen Kinderhilfswerkes e.V. und des Landes Schleswig-Holstein.

Verantwortlich für das von Dr. Elisabeth Richter geleitete Vorhaben zeichnete Prof. Dr. Benedikt Sturzenhecker. Als zweite Wissenschaftliche Mitarbeiterin war Teresa Lehmann, M.A., im Projekt tätig. Dem Forschungsteam gehörten darüber hinaus vier studentische Hilfskräfte an: Anna Eilert, Josephine Fröhlich, Freya Kaske und Jana Weiler. Daneben waren Prof. Dr. Helmut Richter (Universität Hamburg) sowie ein Beirat, bestehend aus sechs Expert/innen der frühkindlichen Bildung, beratend am Forschungsprozess beteiligt. Mitglieder des Beirates waren: Prof. Dr. Sylvia Kägi (Fachhochschule Kiel), Martin Peters (Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband Hamburg e.V.), Petra Schröder (Ev.-Luth. Kindertagesstätte Quickborn, Schleswig-Holstein), Prof. Dr. Ulrike Voigtsberger (Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg), Katy Waldfried (Flachsland Zukunftsschule gGmbH, Alsterpalais, Hamburg), ab 2014 abgelöst durch Malika Boukhedcha (Kinderwelt Hamburg e. V.) sowie Stefan Wolf (Peter Gläsel Stiftung, Nordrhein-Westfalen). Außerdem war die Illustratorin Vera Brüggemann (Bielefeld: http://verabrueggemann.de/) für das Projekt tätig, das in der Auswertungsphase zudem unterstützt wurde von Moritz Schwerthelm, M.A. und dem Kolloquium des Arbeitsbereichs Sozialpädagogik der Universität Hamburg.

Wir danken den Fördergeber/innen für ihre großzügige finanzielle Unterstützung. Unser Dank gilt darüber hinaus allen oben genannten Personen, die das Forschungsprojekt in ausgeprägter Form dialogisch und diskursiv begleitet haben. Durch ihre Anregungen haben sie uns, den über drei Jahre im Team Tätigen, zielführende Hinweise geben können, die konstruktiven Einfluss auf Erhebung, Auswertung und Verwendung des Datenmaterials genommen haben.

Ein besonderer Dank richtet sich abschließend an die pädagogischen Fachkräfte, Eltern und Kinder der sechs am Forschungsprozess beteiligten Kindertageseinrichtungen, die mit ihrem Engagement zentral zum Gelingen des Projektes beigetragen haben.

Das Forschungsprojekt "Demokratiebildung in Kindertageseinrichtungen" wurde im Januar 2016 nach dreijähriger Forschungszeit abgeschlossen. Das vorliegende Buch ist zugleich als Abschlussbericht aufzufassen.

Das Konzept "Die Kinderstube der Demokratie" ist gemeinsam von Prof. Dr. Raingard Knauer und Rüdiger Hansen entworfen und entwickelt worden. In Kapitel 2 führen die beiden Autor/innen in den Handlungsansatz ein. Sie erläutern die konzeptionellen Hintergründe und praktischen Konsequenzen für die Eröffnung von Demokratiebildung in Kindertageseinrichtungen. Das anschließende Kapitel 3 verortet das Konzept im Rahmen des aktuellen Forschungsstandes und gibt Hinweise zur Herleitung der Forschungsfragen.

Von Demokratie zu sprechen erfordert eine präzise Definition dieses Begriffs und bedarf in Bezug auf pädagogische Institutionen einer Vermittlung, weil Demokratie in erzieherischen Settings nicht ohne Weiteres mit einem

aus der Politik(wissenschaft) übernommenen Demokratiebegriff konzipiert werden kann. Dabei beziehen wir uns auf den von Helmut Richter seit den 1990er Jahren für die Sozialpädagogik erarbeiteten Begriff einer Vereinsresp. Kommunalpädagogik (1998, 2000, 2001 bzw. 2008). Ausgehend von seinen Überlegungen und gemeinsam mit ihm haben die am Forschungsprozess Beteiligten: Elisabeth Richter, Benedikt Sturzenhecker und Teresa Lehmann sowie ein weiterer Kollege aus dem Arbeitsbereich, Moritz Schwerthelm, einen gesellschafts- *und* bildungstheoretisch begründeten Demokratiebegriff entfaltet, der versucht, die Spezifik von Demokratie in sozialpädagogischen Einrichtungen begrifflich zu klären. Kapitel 4 widmet sich einer entsprechenden Definition und begründet zugleich den damit verbundenen Zusammenhang von Demokratie und Bildung. Der Text ist Teil eines gemeinsam verfassten und veröffentlichten Artikels (E. Richter et al. 2016).

Auf der Basis der konzeptionellen sowie demokratietheoretischen Grundlagen ist das Forschungsdesign für das Projekt "Demokratiebildung in Kindertageseinrichtungen" entwickelt worden. Kapitel 5 beschreibt die Forschungsanlage in Bezug auf die drei untersuchten Forschungsfragen, den Gegenstand der Forschung: die Kindertageseinrichtungen, und die verwendeten Methoden.

Die daran anschließenden Kapitel 6 bis 8 widmen sich der Operationalisierung der Forschungsfragen sowie den Forschungsergebnissen. Die Hauptfrage des Projektes lautete: "Wie wird demokratische Partizipation von Kindern hergestellt?". Ausgehend von der in Kapitel 4 entfalteten Definition erläutert Kapitel 6 die Kriterien zur Operationalisierung des im Rahmen der Untersuchung und Beantwortung dieser Frage verwendeten Demokratiebegriffs. Der Text entstammt ebenfalls dem oben bereits angesprochenen, gemeinsam mit Helmut Richter und Moritz Schwerthelm verfassten Artikel (E. Richter et al. 2016). Darauf aufbauend werden die Forschungsergebnisse detailliert erläutert. Entsprechend dieser Vorgehensweise werden in Kapitel 7 und 8 Forschungsfrage 2: "Können Kinder deliberative Demokratie?", und Forschungsfrage 3: "Wie zufrieden sind die Kinder mit der demokratischen Praxis?", operationalisiert und die Resultate der Analyse vorgestellt.

Der empirischen Analyse vor theoretischem Hintergrund folgt eine Darstellung der praktischen Gelingensbedingungen von Demokratiebildung. Kapitel 9 unternimmt entsprechend den Versuch, handlungsanleitende Hinweise für "gute demokratische Partizipation" zu entwickeln. Ebenfalls mit dem Ziel einer Verbindung von Theorie (Forschungsergebnissen) und Praxis haben darüber hinaus die Beiratsmitglieder einen schriftlichen Kommentar entwickelt, der sich jeweils mit der Frage befasst, wie die Ergebnisse des Forschungsprojektes aus ihrer Wahrnehmung zu bewerten bzw. einzuordnen sind (Kap. 10).

Ein Fazit, das die wesentlichen Ergebnisse zusammenfasst, Forschungsdesiderate aufzeigt und einen Ausblick formuliert, rundet die Darstellung ab (Kap. 11).

Wir gehen davon aus, dass nicht alle Leser/innen das Buch vollständig durchlesen werden. Deshalb haben wir in einzelnen Kapiteln Fazits und Zusammenfassungen eingefügt, in denen wir auf Kernpunkte der vorangegangenen Argumentation eingehen. Das macht einzelne Absätze lesbar, ohne immer den gesamten Text zur Kenntnis genommen haben zu müssen. Für die Leser/innen des ganzen Buches kommt es dadurch jedoch gelegentlich zu Wiederholungen. Dafür bitten wir freundlich um Verständnis.

Kapitel 2 "Die Kinderstube der Demokratie"

Eckpunkte eines Konzepts zur Eröffnung von Demokratiebildung von Kindern in Kindertageseinrichtungen

Rüdiger Hansen und Raingard Knauer

Die UN-Kinderrechtskonvention (Artikel 12) sowie das SGB VIII (u.a. § 8) verlangen Partizipation. Im Rahmen des Bundeskinderschutzgesetzes machte der Gesetzgeber mit der Neufassung des § 45 SGB VIII die Einführung von Partizipation und Beschwerdeverfahren für Kinder zur Voraussetzung für die Erteilung der Betriebserlaubnis u.a. für Kindertageseinrichtungen.

Damit sind pädagogische Fachkräfte gefordert, Kindern im Alltag von Kindertageseinrichtungen Partizipation zu ermöglichen. Wie dies gelingen kann, haben reformpädagogische Ansätze, z. B. von Janusz Korczak oder Alexander Neill, schon in den 1920er Jahren gezeigt. So formulierte Korczak die Forderung, dass Respekt vor Kindern in pädagogischen Einrichtungen konstitutionell verankert werden müsse, um die Abhängigkeit der Kinder von den Erwachsenen zu reduzieren: "Das Kind hat ein Recht darauf, daß seine Angelegenheit ernsthaft behandelt und gebührend bedacht wird. Bis jetzt hing alles vom guten Willen und von der guten oder schlechten Laune des Erziehers ab. Das Kind war nicht berechtigt, Einspruch zu erheben. Dieser Despotismus muss ein Ende haben" (Korczak 1919/1967, S. 304).

Wie aber kann demokratische Partizipation mit sehr jungen Kindern in der Kindertageseinrichtung, womöglich schon in der Krippe, konkret pädagogisch gestaltet werden? Dies zu entwickeln war Aufgabe des Modellprojekts "Die Kinderstube der Demokratie", das von 2001–2003 in sieben schleswig-holsteinischen Kindertageseinrichtungen durchgeführt wurde (Hansen/Knauer/Friedrich 2004). Seither wurde das Konzept "Die Kinderstube der Demokratie" vielfach erprobt und theoretisch, didaktisch und methodisch permanent weiter entwickelt (Hansen/Knauer/Sturzenhecker 2011; Hansen/Knauer 2015; Hansen/Knauer 2016). Das Konzept macht keine starren Vorgaben, wie Partizipation von Kindern umgesetzt werden

solle, sondern strukturiert ein (immer wieder neues) Ringen um die Realisierung einer fachlich differenzierten demokratischen Praxis vor dem Hintergrund der je konkreten Lebenslagen und Lebenswelten der Kinder und ihrer Familien sowie der pädagogischen Fachkräfte und der jeweiligen Rahmenbedingungen in der je spezifischen Kindertageseinrichtung.

Das in diesem Band dokumentierte Forschungsprojekt "Demokratiebildung mit Kindern in Kindertageseinrichtungen" bezieht sich auf das Konzept "Die Kinderstube der Demokratie". Untersucht wurden Kindertageseinrichtungen, die im Rahmen dieses Konzepts eine Kita-Verfassung erarbeitet haben. Der vorliegende Beitrag skizziert einige theoretische Grundannahmen und Eckpunkte des Konzepts sowie dessen Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte.

2.1 Konzeptionelle Grundannahmen des Konzepts "Die Kinderstube der Demokratie"

Die theoretischen Grundannahmen des Konzepts haben Hansen, Knauer und Sturzenhecker (2011) in der Veröffentlichung "Partizipation in Kindertageseinrichtungen. So gelingt Demokratiebildung mit Kindern!" ausgeführt. Im Folgenden werden einzelne Aspekte pointiert dargestellt.

2.1.1 Erziehung in der Demokratie zur Demokratie

Noch nie war Demokratie ein Selbstläufer. Jede Demokratie ist darauf angewiesen, dass Menschen als Demokrat/innen handeln, und damit darauf, dass jede neue Generation Demokratie (immer wieder neu) lernt. Wenn Erziehung bedeutet, die Normen und Werte einer Gesellschaft an die nachfolgende Generation weiterzugeben, ist in einer demokratischen Gesellschaft die Vermittlung von Demokratie eine Aufgabe von Erziehung. Eine solche Einführung in und Einübung von Demokratie ist keineswegs erst ab dem Jugendalter relevant. Kinder erfahren von Anfang an, ob und welche Selbstund Mitbestimmungsrechte sie in einer Gemeinschaft haben und wie sie diese wahrnehmen können. Ein besonderes Lernfeld hierfür bieten pädagogische Institutionen – und damit auch Kindertageseinrichtungen. Sie haben die Aufgabe, zur Demokratie zu erziehen; und schon John Dewey (1916/ 2000) machte deutlich, dass Demokratieerziehung sich nicht auf die Vermittlung von Demokratie als Regierungsform beschränken darf, sondern auch die Erfahrung von Demokratie als Lebensform beinhalten muss. Partizipation - im Sinne einer Teilnahme an Demokratie - wird damit zu einem zentralen Moment pädagogischer Konzepte in einer Demokratie.

2.1.2 Demokratie begegnet Kindern schon in der Kita als Regierungs- und Lebensform

Die Kindertageseinrichtung ist für Kinder in der Regel die erste öffentliche Institution, in der sie sich für einen Teil des Tages ohne ihre vertrauten Bezugspersonen aufhalten. Sie erleben hier, wie eine Gemeinschaft außerhalb der Familie geregelt ist und ob und wie sie dort ihre Wünsche und Interessen einbringen können. Damit beginnt politische Bildung bereits in Kindertageseinrichtungen.

Das Konzept "Die Kinderstube der Demokratie" geht von der Annahme aus, dass Kinder schon in Kindertageseinrichtungen Demokratie auf beiden der von Dewey (1916/2000) benannten Ebenen erfahren können. Auf der Ebene von *Demokratie als Regierungsform* stellt sich die Frage: Wie kommen Entscheidungen zu verschiedenen Fragen in der Kindertageseinrichtung zustande? Wem stehen hier jeweils das Recht und die Macht zu, eine Entscheidung zu fällen? Welche Möglichkeiten haben also auch die Kinder, hier selbst- oder mitzubestimmen? Wenn sich aber Demokratie nicht nur auf eine Form der (gemeinschaftlichen) Entscheidungen bezieht, sondern ihre Prinzipien auch für das soziale Miteinander der Gesellschaftsmitglieder in ihren alltäglichen Interaktionen und gesellschaftlichen Handlungsformen gelten sollen, dann muss auf der Ebene von Demokratie als Lebensform auch immer wieder geklärt werden: Wie gehen Kinder und Erwachsene im Alltag miteinander um? Und welche Verfahren und Möglichkeiten gibt es, um sich untereinander auszutauschen, verschiedene Perspektiven zu verstehen und sich schließlich Meinungen zu bilden?

Im Konzept "Die Kinderstube der Demokratie" wird Partizipation als das demokratische Recht von Kindern verstanden, in sie betreffenden Angelegenheiten selbst- oder mitzuentscheiden: "Partizipation heißt, Entscheidungen, die das eigene Leben und das Leben der Gemeinschaft betreffen, zu teilen und gemeinsam Lösungen für Probleme zu finden" (Schröder 1995, S. 14). Dafür ist eine strukturelle Verankerung von Partizipationsrechten (z. B. durch die Erarbeitung einer Kita-Verfassung) ebenso bedeutsam wie die Bereitschaft und Fähigkeit von Fachkräften, Kindern mit Respekt, Interesse und Offenheit zu begegnen und Partizipation im Alltag didaktisch-methodisch zu unterstützen (z. B. durch eine angemessene Gestaltung von Partizipationsprojekten und Dialogen mit Kindern).